

Die veränderte Budgetmittelzuteilung an das Arbeitsmarktservice (AMS) seit Herbst 2014 in Verbindung mit neuen Schwerpunktsetzungen wirkt sich vor allem durch Einsparungen bei AMS-externen Beratungs- und Qualifizierungsmaßnahmen aus und hat massive Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen im (Erwachsenen) AusBildungsbereich bzw. erste Kündigungswellen in vielen Trägern zur Folge.

Die BetriebsrätInnen der Erwachsenenbildungseinrichtungen und der sozialökonomischen Betriebe aus ganz Österreich beschließen daher im Rahmen einer bundesweiten BetriebsrätInnenkonferenz am 04.03.2015 ein umfangreiches Memorandum mit sowie nachfolgende

## Resolution

*an Herrn BM Hans-Jörg Schelling (Finanzen), Herrn BM Rudolf Hundstorfer (Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz), Frau BM<sup>in</sup> Gabriele Heinisch-Hosek (Bildung und Frauen) und Herrn BM Alois Stöger (Verkehr, Innovation und Technologie)*

**Einschränkungen der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik und massive Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen im (Erwachsenen) AusBildungsbereich durch veränderte Budgetmittelzuteilungen an das Arbeitsmarktservice inakzeptabel!**

Im Vergleich zum Vorjahr bleibt 2015 die Summe der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik unverändert und liegt bei 1,395 Mrd. Euro. Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen lag im Jänner 2015 bei über 472.000 Personen inklusive 66.300 SchulungsteilnehmerInnen. Die stärksten Anstiege der Arbeitslosenraten im Vorjahresvergleich sind in den Gruppen der MigrantInnen (+18,9%), behinderter Personen (+16,3%) und über 50-Jähriger (+ 13,7%) zu verzeichnen.

Das Einfrieren des Budgets für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bei fast einer halben Million Arbeitssuchender stark gestiegener Zahl der Arbeitslosen ist höchst problematisch. Eine höhere Arbeitslosenrate gab es zuletzt Anfang der 1950er Jahre, womit sich die Aussage des BMASK, es handle sich beim heurigen Budget um das zweithöchste in der Geschichte des AMS, einigermaßen relativiert.

Zwar wurden die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik in den Jahren zuvor deutlich erhöht, aber der gleichbleibende finanzielle Spielraum bei gleichzeitig größer werdendem Betreuungs- und Vermittlungsbedarf kommt einer Kürzung des AMS-Budgets gleich.

Damit ist absehbar, dass notwendige Leistungen nicht oder nur unzureichend ausgebaut werden können und sich das Angebotsniveau verschlechtert. Für die Erreichung der arbeitsmarktpolitischen Ziele stehen dem AMS 86,7 Mio. Euro weniger an Mitteln zur Verfügung. Diese Entwicklungen sind für uns inakzeptabel, vielmehr fordern wir:

- ✓ **Innovative Maßnahmen zur nachhaltigen Eingliederung von Arbeitssuchenden in den Arbeitsmarkt**
- ✓ **Keine Finanzierung der Kurzarbeit durch Mittel die dem aktiven Arbeitsmarkt fehlen**
- ✓ **Längerfristige Budgetsicherheit für die Träger der AMS-externen Beratungs- und Qualifizierungsmaßnahmen**
- ✓ **Größere Beschäftigungssicherheit für die ArbeitnehmerInnen im (Erwachsenen)-Ausbildungsbereich**
- ✓ **Weniger Leistungsdruck und mehr Gesundheit am Arbeitsplatz sowie Vermeidung von psychischer Belastung und Krankenständen in den Trägerunternehmen**

**Die BetriebsrätInnen der Privaten Bildungseinrichtungen und der Sozialökonomischen Betriebe fordern gemeinsam mit der GPA-djp rasche Gespräche mit allen zuständigen MinisterInnen und planen in nächster Zeit weitere Aktivitäten zur Unterstützung der Anliegen der AMS-KundInnen und der Beschäftigten in den Trägereinrichtungen.**

Wien, 04.03.2015

Klaus Wögerer  
BFI OÖ

Christian Puszar  
BFI Wien

Nerijus Soukup  
Mentor

Anna Kellner  
bit

BetriebsrätInnenteam der Privaten Bildungseinrichtungen (BABE)